

THEMENSPEZIAL *Wie und wofür wir in Zukunft Flächen nutzen wollen*

An Boden gewinnen

Auf dem Gärtnerinnenhof Blumberg wird klimafreundlich gewirtschaftet. Die EU will solche Kleinbetriebe stärken – dafür braucht es mehr junge Landwirt:innen

VON ALICIA PRAGER

„Für die jungen Kohlrabi-Setzlinge war es eine ziemlich kalte Nacht“, sagt die Landwirtin Maria Natt, als sie an einem Aprilmorgen über ihre Anbaufläche in Blumberg, nordöstlich von Berlin, spaziert. Bei dem Beet angekommen, kniet sie sich auf den Boden und hebt das weiße Vlies an, das die Gemüse vor der Kälte schützt. Die kleinen Pflänzchen lassen die Blätter hängen. „Die erholen sich wieder“, erklärt die 32-Jährige. Dahinter wachsen Lauchzwiebel und Grünkohl, daneben ist eine Zwischenfruchtmischung angebaut, die den Humus anreichert. Rund 50 verschiedene Kulturen pflanzen Maria Natt und ihre Geschäftspartnerin Isy Burmeister auf den 5,7 Hektar, die zu ihrem Gärtnerinnenhof gehören.

Zwischen den Anbaustreifen stehen einige Gewächshäuser und an einem Rand des Hofes wachsen Obstbäume. Dahinter erstreckt sich am Horizont eine große grüne Fläche. Dort baut der Nachbarbetrieb Raps an. „Zunächst sieht das sehr idyllisch aus, aber wenn man genauer hinschaut, merkt man, wie kaputt die Böden da draußen sind“, sagt Natt. Da draußen, also jenseits ihres Biohofs.

Viele Jahrzehnte industrieller Landwirtschaft haben die Äcker ausgelaugt. „Noch dazu ist diese Bewirtschaftung ineffektiv“, beklagt sie. Die Qualität sei schlecht und die Kosten, die dieses Modell mit seinen Pestiziden und Umweltschäden verursache, seien viel zu hoch. Ohne EU-Subventionen würden viele der Großbetriebe in Konkurs gehen, sagt Natt mit zunehmend lauter Stimme. Wo bleibt denn da der Umweltschutz, von dem alle sprechen?

Die Landwirtschaftspolitik steht derzeit auf dem Prüfstand. Seit Monaten diskutieren die EU-Länder über die Reform



Ökologischer Anbau auf dem Vormarsch. Auch auf kleiner Fläche könne man viele Menschen ernähren, sagt Landwirtin Maria Natt. Foto: Sven Darme

der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – dem größten Posten im europäischen Haushalt. Rund 387 Milliarden Euro gibt es bis 2027 auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen – das ist mehr als ein Drittel des gesamten EU-Budgets. Einige Details darüber, nach welchen Kriterien die Fördergelder vergeben werden sollen, sind weiterhin offen. Dabei sorgen vor allem die Direktzahlungen und ihre Verknüpfung an Flächenprämien für Diskussion. Bisher gilt: je größer der Betrieb, desto höher die Subventionen. So erhielt der Gärtnerinnenhof Blumberg für die drei Hektar, die vergangenes Jahr bewirtschaftet wurden, rund 1 300 Euro EU-Förderung, während die jährlichen Ausgaben bei

etwa 200 000 Euro liegen. Bei Großbetrieben sind die Subventionen ungleich höher. Das führt dazu, dass 1,7 Prozent der Landwirt:innen mit den größten Betriebsflächen rund ein Viertel der Direktförderung erhalten, rechnet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.

Dass die Ackerflächen über die Jahre immer größer wurden und die Bewirtschaftung intensiver, sei ein Trend, der den Verlust der Artenvielfalt beschleunige, warnte der Europäische Rechnungshof vergangenes Jahr. Zwar gebe es einige vielversprechende Instrumente in der GAP, doch hätten die Kommission und die Mitgliedsstaaten jene Optionen mit geringer Wirkung zu stark gewichtet, kri-

tierte der Rechnungshof das Modell der Flächenprämien. Im Rahmen der GAP-Reform sollen die Bedingungen verbessert werden – etwa mithilfe der Ökoregelungen, den sogenannten Eco-Schemes. Sie sind ein neues Instrument, mit dem Landwirt:innen belohnt werden, wenn sie beim Umwelt- und Klimaschutz einen Schritt weitergehen. Zum Beispiel durch die Errichtung von mehr Grünstreifen oder Agroforstsystemen.

Auf EU-Ebene wird jetzt diskutiert, ob 20 oder 30 Prozent der Direktzahlungen an solche Ökoregelungen geknüpft werden sollen. Die deutsche Agrarministerkonferenz hat sich unterdessen auf 25 Prozent verständigt.

Doch die Reformpläne stoßen auf Widerstand: Viele Betriebe fürchten den Verlust der Direktzahlungen, die sie für die kommenden Jahre eingeplant haben. Lange habe die Politik Signale gesendet, die zur Vergrößerung von Anbauflächen und der Intensivierung geführt haben. „Jetzt rückt gleichzeitig die Nachhaltigkeit in den Fokus – viele Landwirt:innen sitzen zwischen den Stühlen“, sagt Natt. Sie könne den Frust der Kolleg:innen gut nachvollziehen. Auch sie selbst wollte früher in einem Großbetrieb arbeiten und „so richtig viele Leute ernähren“, erzählt sie. Doch die großen Strukturen und die stetige Effizienzsteigerung würden immer auf Kosten der Vielfalt gehen. „Wir können hier auch auf kleiner Fläche viele Menschen ernähren. Wir haben dabei den Humus verbessert und zwölf gute Arbeitsplätze geschaffen“, sagt die Landwirtin.

Wolle man ländliche Strukturen und gleichzeitig die Biodiversität stärken, müsse man auf kleinere Betriebe setzen – weg von Flächenprämien, hin zu Anreizen für höhere ökologische Standards. „Das belebt gleichzeitig den ländlichen Raum wieder“, sagt Maria Natt.

In den vergangenen Jahrzehnten ging die Entwicklung aber in die entgegengesetzte Richtung: Zwischen 2007 und 2019 sank die Zahl der Betriebe um mehr als 17 Prozent, rechnet der Bauernbund. Das sei vor allem mit dem Schwund kleinerer Höfe zu erklären, denn die Zahl der Betriebe mit über 100 Hektar nahm zu. „Dabei gibt es genügend Menschen, die in die Landwirtschaft gehen wollen“, sagt Willi Lehnert vom Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.. Er versucht, beim Einstieg zu unterstützen, doch die Rahmen-

bedingungen seien alles andere als ideal. Es gebe kaum einen kapitalintensiveren Beruf, und dazu seien auch noch die Flächenpreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Während ein Hektar im Jahr 2006 rund 3 000 Euro kostete, liegen die Preise in Brandenburg heute bei bis zu 30 000 Euro. „Dabei ist Brandenburg nicht an der Spitze, in Bayern oder Nordrhein-Westfalen ist das Level bereits viel höher“, sagt Lehnert.

Auch die Europäische Kommission will bei der Existenzgründung in der Landwirtschaft unterstützen. Das ist ein erklärtes Ziel der neuen GAP. Zur Umsetzung dieses Vorhabens schlugen acht landwirtschaftliche Verbände im März unter anderem vor, eine bundesweite Niederlassungsprämie einzuführen, wie sie bereits in Frankreich und Sachsen-Anhalt vergeben wird. Dort sind die Gelder an einen robusten Geschäftsplan, Mindestberufsausbildung und einen Fortbildungsplan geknüpft.

Auch die Betreiberinnen des Gärtnerinnenhofs Blumberg sehen Aufholbedarf beim Thema Fortbildungen. „Es fehlt an Menschen, die sich gut mit Böden und Biodiversität auskennen. Hier auf dem Hof haben wir immer ein bis zwei Azubis, aber wir müssen öfter Bewerber ablehnen“, sagt Natt. Ein besseres Ausbildungsangebot wäre für die Entwicklung des ländlichen Raums entscheidend. Es brauche mehr Hände, die Kohlrabi-Setzlinge gut durch kalte Nächte bringen, den Boden neu anreichern und sich gegen das Artensterben stemmen.

Mit etwas mehr Unterstützung könnten kleine Betriebe viel bewegen, davon sind die Landwirtinnen fest überzeugt.



Maria Natt verkauft ihre Ernte auf dem Ökomarkt Schönleinstraße in Berlin

Her mit dem Stroh

Moderne Biokraftstoffe aus Abfällen und Reststoffen sollen im Verkehr künftig verstärkt zum Einsatz kommen. Der Ökospritbranche ist der Anteil zu gering

Vier Strohballen reichen aus, um die Menge an Kraftstoff zu erzeugen, den ein Mittelklasse-Fahrzeug pro Jahr braucht – eine durchschnittliche Fahrleistung vorausgesetzt. Damit wirbt der Biokraftstoffhersteller Verbio aus Brandenburg. Das Unternehmen hat ein Verfahren entwickelt, um aus Stroh Biomethan herzustellen. Als Biokraftstoff beigemischt wandert es in den Tank von Autos und Lkw mit Erdgasantrieb (auf Englisch: Compressed Natural Gas, kurz: CNG).

Verbio hat mittlerweile an zwei Anlagen, am Hauptsitz in Schwedt und im benachbarten Pinnow, eine Produktionskapazität von jährlich 750 Gigawattstunden aufgebaut. Damit ließe sich knapp ein Drittel des in Deutschland verbrauchten CNG-Kraftstoffs herstellen, sagt Verbio-Chef Claus Sauter. Der Biomethan-Anteil am CNG ist kräftig gestiegen und liegt momentan bei etwa 50 Prozent. Das grüne Gas sorgt dafür, dass sich die Umweltbilanz von CNG deutlich verbessert, er kann den CO₂-Ausstoß um bis zu 97 Prozent reduzieren.

Doch das Verfahren ist aufwändig und teuer – noch sind die produzierten Mengen klein: Sie machen gerade einmal ein Prozent am Biokraftstoff in Deutschland aus. Verbio verdient sein Geld derzeit vor allem mit Biodiesel aus Raps und Bioethanol aus Roggen. Solche Biokraftstoffe der ersten Generation will die Bundesregierung wegen der „Teller oder Tank“-Frage künftig nicht mehr zusätzlich fördern – gemeint ist damit die Konkurrenz um

Ackerflächen für Energiepflanzen und Nahrungsmittel, die zum Hunger in der Welt beitragen könnten.

Dennoch werden Biokraftstoffe benötigt, um den immer noch viel zu hohen CO₂-Ausstoß im Verkehr zu senken. EU und Bundesregierung setzen deshalb auf „moderne“ Biokraftstoffe der zweiten Generation aus Rest- und Abfallstoffen – etwa aus Stroh, Restholz, gebrauchtem Speisefett. Das billige Palmöl und Sojaöl sollen verboten werden, weil für die Plantagen der Regenwald gerodet wird.

Festgelegt wird dies in der Richtlinie zu erneuerbaren Energien der EU: Der Anteil von regenerativen Energieträgern im Verkehrssektor soll bis zum Jahr 2030 auf mindestens 14 Prozent steigen. Die Richtlinie muss bis zum Sommer in nationales Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung tut dies mit dem kompliziert klingenden „Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgas-Minderungsquote“. Der Entwurf der Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) kommt am 15. April in den Bundestag. Er trifft sogar die Vorgaben der EU: Der CO₂-Anteil im Verkehr soll bis 2030 um 22 Prozent reduziert werden. Den Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermitteln will man auf 4,4 Prozent beschränken, den der modernen Biokraftstoffe auf maximal 2,6 Prozent steigern.

Der deutschen Biokraftstoffbranche ist das zu wenig. Die Quote für die herkömmlichen Biokraftstoffe würde sie gerne bei 5,3 Prozent sehen, die für moderne Bio-

kraftstoffe „moderat“ anheben. Projekte, die zum Ziel haben, zusätzliche heimische Abfallströme nutzbar zu machen, wie die Sammlung gebrauchter Speiseöle aus deutschen Haushalten, erhielten somit eine verlässliche Absatzperspektive, heißt es zur Begründung. Das würde auch Horst Fehrenbach begrüßen, Fachbereichsleiter Ressourcen, Biomasse und Ernährung am Ifeu-Institut. „Wenn man häufiger verhindert, dass Öle weggeschüttet werden und in die Kanalisation geraten, hätte man eine zusätzliche Ressource für Biokraftstoffe gewonnen.“

Doch der geplante, geringe Anstieg der Quote hat damit zu tun, dass Biokraftstoffe aus Abfällen nur begrenzt zur Verfügung stehen. Tamara Zieschang, CDU-Staatssekretärin im Verkehrsministerium, sieht noch

„große Forschungs- und Entwicklungslücken“. Umweltverbände warnen zudem vor den Risiken, wenn etwa mehr Biomasse aus dem Forst genutzt wird: Restholz werde benötigt, um die Kohlenstoffsenke Wald zu erhalten und spiele auch eine wichtige Rolle für die Artenvielfalt.

Fehrenbach erwartet, dass der Rapsdiesel eine Renaissance erleben wird, wenn 2026 in Deutschland die Nutzung von Palmöl für Biosprit laut Entwurf endgültig verboten wird. Doch unbegrenzt steigern lässt sich die Produktion hierzulande nicht: Obwohl momentan auf sieben Prozent der Ackerfläche Biokraftstoffe angebaut werden, wird der größte Teil für den Biosprit importiert. „Bioethanol fast komplett, Palmöl sowieso und sogar Rapsdiesel“, sagt Fehrenbach. Würde man den hiesigen Anbau steigern und dafür weniger Nahrungs- und Futtermittel produzieren, müssten letztere importiert werden – wozu anderswo auf der Welt wieder Wälder gerodet würden.

Und selbst das Altspeiseöl für Biodiesel stammt überwiegend aus Europa und zunehmend aus Ostasien und China. Hier liegt eine große Gefahr, warnt Fehrenbach. „Wenn wir bereit sind, China altes Pflanzenfett zu höheren Preisen abzukufen als Palmöl, entsteht daraus zwangsläufig ein Geschäftsmodell.“ Die Folge wäre, dass das Fett nicht nur in den Herkunftsländern fehlt, sondern dass diese ihren Eigenbedarf ersatzweise durch frisches Palmöl decken würden.

Das bedeutet: Biokraftstoffe leisten auch in Zukunft einen Beitrag zu klimafreundlichem Verkehr, aber er wird eher klein bleiben. JUTTA MAIER

ANZEIGE

#FaireLieferketten

MIT AUFDRUCK.

MIT BAUMWOLLE.

MIT MENSCHENRECHTEN.

Das neue Lieferkettengesetz stärkt Menschenrechte weltweit.



Schnell vom Acker. Biokraftstoffe aus Stroh, Restholz und Altspeiseöl könnten das „Teller oder Tank“-Problem lösen, weil sie nicht direkt mit der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln konkurrieren. Foto: Imago/Shotshop



Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das neue Lieferkettengesetz schafft verbindliche Regeln für große Unternehmen, um Menschenrechte weltweit zu stärken. Sie werden ab 2023 verpflichtet, nicht nur in ihrem eigenen Geschäftsbereich, sondern auch bei ihren Zulieferern in aller Welt auf faire Arbeits- und Lebensbedingungen zu achten. Die Bundesregierung unterstützt sie dabei.

Erfahren Sie mehr: www.wirtschaft-menschenrechte.de

